

Unser Geldsystem II - Der Siegeszug des Monetarismus

Von Heiner Flassbeck | 19.02.2014 (editiert am 25.05.2016)

Nachdem das System von Bretton Woods wegen vielfältiger Spannungen, die von beiden Seiten des Atlantik ausgegangen waren, Anfang der siebziger Jahre nicht mehr haltbar war, begann der Siegeszug des Monetarismus. Weil er aber eine unvollständige ökonomische Lehre war und ist, nahm er den gesamten Kanon der Neoklassik sozusagen im Gepäckwagen mit und mit ihm all die Irrlehren, die seitdem die Ökonomen genauso verwirren wie vor Beginn der keynesianischen Revolution.

In Deutschland setzte sich im Zuge des monetaristischen Vormarsches eine Institution groß in Szene, die zwar auch vorher schon eine wichtige Rolle bei der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung gespielt hatte, deren praktische Bedeutung aber wegen der Dominanz der amerikanischen Geldpolitik begrenzt geblieben war: die Deutsche Bundesbank. Weil es in Europa keine andere starke Wirtschaftsmacht gab, deren Währung stabil genug war, um an die Stelle des sich verabschiedenden US-Dollars zu treten, fiel der Deutschen Bundesbank mit dem Ende des globalen Währungssystems nicht nur die Rolle des wichtigsten nationalen wirtschaftspolitischen Akteurs zu, sondern ihre Macht reichte von Anfang an weit über Deutschland hinaus. Kleine Länder wie Österreich wollten sich nicht der zu recht befürchteten Volatilität der von den Kapitalmärkten bestimmten Währungsrelationen aussetzen und optierten sofort für eine Bindung an die D-Mark. Angesichts zunehmend negativer Erfahrungen mit den „freien Märkten“ wurde im Laufe der Zeit die Zahl der Länder, die Zuflucht in dem von der Deutschen Bundesbank dominierten Währungsblock suchten, immer größer. Dieser Machtzuwachs der Deutschen Bundesbank verhalf dem monetaristischen Wirtschaftsmodell, das ihre Vertreter im Kopf hatten, bis heute zur Dominanz in der deutschen Wirtschaftswissenschaft, in der deutschen Wirtschaftspolitik und im Laufe der Jahre auch in den deutschen Medien.

Der Monetarismus à la Milton Friedman, ich habe es in meinem Buch zur „Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ beschrieben, war eine wirklich sehr einfache Lehre. Milton Friedman brauchte dafür genau drei Zutaten und mixte aus ihnen eine Rezeptur, die für die „freien Marktwirtschaftler“ einfach unwiderstehlich war. In Scharen liefen in Deutschland die „Freiburger“, die „Kölner“ oder die „Saarbrücker“ zum Monetarismus über, ohne sich auch nur einen Augenblick zu fragen, ob das Friedmansche Kochrezept wirklich das komplexe Zusammenspiel der verschiedenen Gruppen in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft erfassen konnte, und ob man daraus geeignete wirtschaftspolitische Sch-

lussfolgerungen würde ziehen können.

Das Scheitern von Bretton Woods Anfang der 1970er Jahre und die Folgen der ersten Ölpreiskrise Mitte der 1970er Jahre, nämlich der für damalige Verhältnisse ungewöhnlich rasche und hohe Anstieg der Arbeitslosigkeit (wird im Detail in Teil III analysiert), wurden pauschal als Versagen des Keynesianismus interpretiert. Der Wunsch, dem Staat in seiner gesamtwirtschaftlichen Steuerungsfunktion die Schuld an wirtschaftlichen Fehlentwicklungen zu geben, war hier der Vater des Gedankens. Und dieser Gedanke war vor allem dominant in einer Elite, die ihren Vorteil aus dieser Sicht der Dinge zu ziehen wusste und bis heute weiß. Denn wenn wissenschaftlich 'nachgewiesen' werden konnte, dass der Staat mit der Aufgabe der gesamtwirtschaftlichen Steuerung überfordert ist, ja, dass eine solche Steuerung von vornherein nicht nur unnötig sondern sogar schädlich wäre, dann lag es nur allzu nahe, sich für den freien Lauf der Marktkräfte einzusetzen. Dass unter diesem freien Lauf bereits Jahrzehnte lang Millionen von Menschen unter die Räder geraten waren, nämlich im Zuge der Industrialisierung Europas und nicht zuletzt in der großen Weltwirtschaftskrise 1929, und dass daraus in langen und harten Auseinandersetzungen gelernt wurde, wie eine humane Marktwirtschaft zu führen sei, welche Bahnen ihr unabdingbar vorgegeben werden müssen, damit sie nicht zu einem Herrschaftsinstrument der 'Kapitalisten' degeneriert, das jeder Demokratie Hohn spricht, das vergaß diese Elite nur allzu gern.

Die erste Zutat zum Friedmanschen Rezept war die sogenannte Quantitätstheorie. Für jeden Menschen, der sich vor Beginn der siebziger Jahre schon einmal mit dieser „Gleichung“ auseinandergesetzt hatte, war es mehr als verblüffend zu sehen, mit welcher Leichtigkeit die daraus gezogenen Lehren von den Spitzen des Fachs akzeptiert und vollkommen verinnerlicht wurden. Ich lernte schon während meines Studiums, vor allem aber während meiner Zeit im Stab des Sachverständigenrats Ökonomie vor allem mithilfe der Lektüre von Schumpeters „History of Economic Analysis“ (ein phantastisches, aber keineswegs leichtes Buch, von dem es meines Wissens auch keine gute deutsche Übersetzung gibt). Wer die vielen Passagen in diesem Werk über die Geschichte der Quantitätstheorie und deren inhärente Logik auch nur einigermaßen erfasst hatte, konnte nur staunen über die Naivität, mit der weltweit, aber ganz besonders in Deutschland den Monetaristen diese uralte Lehre aus der Hand gefressen wurde.

$M \times V = P \times Y$, wie die Gleichung häufig geschrieben wird (mit M als Geld, V als der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, P dem Preisniveau und Y als realem Volkseinkommen), ist keine Theorie, sondern eine Identität. V ist die Variable, die definitionsgemäß für den Ausgleich der Größen sorgt, weil es immer ein Vielfaches der Geldmenge gibt, das die rechte Seite, das nominale Bruttoinlandsprodukt (bzw. eine andere Einkommensgröße) finanziert. Aus dieser Gleichung ergibt sich in keinem Fall, dass man nur die Geldmenge (was immer das sein mag, dazu später) steuern muss, um die Inflation, also die Entwicklung von P, in den Griff zu bekommen. Auch in Zuwachsraten geschrieben, also etwa $dM + dV = dP + dY$, nimmt der Gehalt der Gleichung nicht zu. Aber dennoch wurde dieser primitive und nichtssagende Zusammenhang zum Schicksal der deutschen und europäischen Volkswirtschaften für mehr als dreißig Jahre.

Denn aus ihm ließ sich vermeintlich ablesen, dass die Wirtschaft fast ohne Zutun des Staates auf einem stabilen Wachstumspfad gehalten werden kann. Wenn nur die Geldmenge von der abhängi-

gen Notenbank richtig stetig gesteuert würde, bliebe die Wirtschaft auf einem einmal *erreichten* Wachstumspfad (der einmal erreichte Pfad, weil sich die Zuwachsrate der Geldmenge nur historisch, also aus einer Extrapolation der vergangenen Wachstumsraten bestimmen ließ) und die Gefahr einer Inflation wäre ein für allemal ausgeschaltet, ohne dass der Staat irgendwo eingreifen müsste.

Das aber war und ist eine reine Fiktion. Da niemand dV , also die Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit in der Zeit, kennt, ist die linke Seite sozusagen stumm. Und auch die rechte Seite schweigt, weil man nicht weiß, wie hoch das reale Volkseinkommen sein wird, und deswegen auch nicht, wie hoch die Preissteigerungsrate sein wird – und das gilt sogar dann, wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bekannt und stabil wäre. Die Monetaristen haben sich mit einem einfachen Trick aus diesem Dilemma gerettet: Inflation sei, so ihr Argument, immer ein monetäres Phänomen, weil nicht zu bestreiten sei, dass Hyperinflation immer mit einer Ausweitung der Geldmenge einhergehe und ohne eine solche Ausweitung unmöglich sei.

Das aber ist ein schwerwiegender logischer Fehler, wie ich [hier](#) gezeigt habe: "Eine von niemandem bestrittene *notwendige* Bedingung zur Entstehung von Inflation wird kurzerhand für *hinreichend* erklärt. Das ist so, als ob jemand behauptet, die Ursache für zu schnelles Fahren und die Unfälle, die sich daraus ergeben, sei in der Tatsache begründet, dass man den Fahrern ein Auto zur Verfügung gestellt hat. Jeder vernünftige Mensch wird dagegen einwenden, dass die Existenz eines Autos nicht zwingend zu Unfällen führt, so dass es regelmäßig falsch oder irrelevant ist, zu sagen, es sei die Existenz des Autos gewesen, die für den Unfall verantwortlich war."

Die zweite Zutat von Milton Friedman war die sogenannte permanente Einkommenshypothese. Um das keynesianische Argument abwehren zu können, dass zyklische Schwankungen die Politik zum Eingreifen zwingen, weil es einen sich selbst verstärkenden Pessimismus von Verbrauchern und Investoren geben kann, wurde kurzerhand eine Hypothese erfunden, die bei den Verbrauchern Sicherheit hinsichtlich ihres zukünftigen Einkommens unterstellt. Das ist hanebüchen und wird heute auch von niemandem mehr ernsthaft vertreten, war aber eine wunderbare Ergänzung des monetaristischen Dogmas. Und weil es bei den meisten Ökonomen ja nur darum ging, dieses Dogma gegen die vermeintlichen Feinde der freien Marktwirtschaft fest zu installieren, fragte auch niemand nach glaubwürdigen empirischen Belegen.

Die dritte Zutat, die ich hier nicht näher kommentieren muss, waren die flexiblen, die vom Markt bestimmten Wechselkurse. Sie waren notwendig, weil es nach dem Ende von Bretton Woods klar war, dass zumindest die großen Länder nach geldpolitischer Autonomie strebten und dafür ein System wie gerufen kam, in dem – so die Hoffnung – die effizienten Märkte in vollkommener Freiheit immer die richtigen Wechselkurse finden würden, nämlich die, bei denen die Inflationsdifferenzen durch Abwertungen und Aufwertungen genau ausgeglichen würden. Auch diese Zutat wurde gegen jede Erfahrung in den Zwischenkriegsjahren mit flexiblen Wechselkursen von den Gläubigen schnell geschluckt. Vorneweg mussten sich hier natürlich die großen Notenbanken für oder gegen diese Auffassung entscheiden, weil sie nach dem Ende der amerikanischen Hegemonie festzulegen hatten, in welcher Weise sie Geldpolitik durchführen wollten. Ein System flexibler Wechselkurse, das größtmögliche nationale Autonomie und jederzeitige Kontrolle der nationalen Inflation versprach, war natürlich nach dem Geschmack der Zentralbanken. Und es war wieder die Deutsche Bundesbank, die

als eine der ersten explizit und mit wehenden Fahnen auf den monetaristischen Zug aufstieg.

So wurde in Deutschland in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ohne große politische Diskussion (soweit ich mich jedenfalls erinnere) und unter einer sozialliberalen Koalition ein geldpolitisches System installiert, das vollkommen unerprobt und empirisch unbestätigt war, voller ideologischer Fallen und Trugschlüsse steckte und die gesamte neoliberale Agenda hinter sich herzog.

Lesen Sie im dritten Teil, wie die Bundesbank den Monetarismus missbrauchte, um Politik zu machen, und wie die Wirtschaftswissenschaft ihr Beihilfe leistete.

Über den Autor



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.

Veröffentlicht am: 19.02.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/02/unser-geldsystem-ii-der-siegeszug-des-monetarismus/>